

Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung
(30. bis 34. - öffentliche - Sitzung vom 15. bis 21. September 2019 - Reise)

Beratungsthema:

Parlamentarische Informationsreise des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung nach Großbritannien und Irland

Der Ausschuss informierte sich auf seiner Reise auf die Britischen Inseln in Briefings durch die jeweiligen deutschen diplomatischen Vertretungen und in Gesprächen mit ortsansässigen Fachleuten in London, Dublin, Dundalk und Edinburgh detailliert über den Brexit, seine Randbedingungen, Hintergründe und möglichen Auswirkungen, davon ausgehenden Betroffenheiten sowie die dazu bestehenden unterschiedlichen Auffassungen. Darüber hinaus wurden in Schottland beide Seiten betreffende Fragen der Regionalentwicklung und die Weiterentwicklung der Partnerschaft zwischen dem Schottischen Parlament und dem Niedersächsischen Landtag erörtert.

Im Einzelnen:

In London wurden die verschiedenen Aspekte des Brexits beleuchtet in Gesprächen mit Vertreterinnen und Vertretern

- des Zolls zu Fragen der Warenverkehrsabwicklung,
- der Bürgerrechtsbewegung the3million zu aufenthaltsrechtlichen Fragen,
- des Fischereibereichs im Ministerium für Umwelt, Ernährung und ländliche Angelegenheiten zu fischereirechtlichen Fragen,
- der Wirtschaft (Außenhandelskammer, Autohersteller) gerade zu Fragen der grenzüberschreitenden Logistikketten und Lieferbeziehungen,
- von Wirtschaftsfördergesellschaften,
- der Botschaft im Hinblick auf den Aufenthaltsstatus und das Arbeitskräftepotenzial sowie
- der UK-German Connection zum Schüler- und Jugendaustausch.

In der Republik Irland führte der Ausschuss Gespräche zu den genannten Aspekten des Brexits sowie der Bedeutung der EU für die Entwicklungen auf der Insel in den vergangenen vier Jahrzehnten unter besonderer Berücksichtigung des Agrarsektors und einzelner Gesichtspunkte des Gesundheitswesens mit

- der irischen Staatsministerin für europäische Angelegenheiten im Außenministerium,
- dem Agrarexperten und Mitglied der Ulster Unionists im Irischen Senat, Ian Marshall,
- Wirtschaftsvertretern (Außenhandelskammer, Irish Exporters Association),
- des europabezogenen Thinktanks Institute of International and European Affairs,
- der zivilgesellschaftlichen Meath Peace Group sowie des Glencree-Zentrums für Frieden und Versöhnung sowie
- der grenzübergreifenden, kommunal getragenen East Border Region.

In Edinburgh führte der Ausschuss ebenfalls Gespräche zu den genannten Aspekten des Brexits sowie zu den angeführten bilateralen Themen mit

- Vertretern des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und faire Arbeitsbedingungen des Schottischen Parlaments,
- dem Leiter des Referats für internationale Beziehungen des Schottischen Parlaments,
- dem Schottischen Staatsminister für Energie, Vernetzung und die Inseln sowie
- der Kodirektorin des Centres for Constitutional Change.

In diesem Kontext bat der Ausschuss um eine Unterrichtung durch die Landesregierung über die Ergebnisse der jüngsten Reise von Minister Thümler in das Vereinigte Königreich, insbesondere zur Bedeutung und möglichen weiteren Entwicklung des studentischen und wissenschaftlichen Austauschs zwischen dem UK und Niedersachsen.